

## **Einigung mit Volksinitiative: Knapp 300 zusätzliche Lehrerstellen für die Inklusion**

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die Regierungsfractionen von SPD und Grünen mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“ auf einen Kompromiss geeinigt. Der wichtigste Punkt: Die Stadt wird bis 2023 insgesamt 295 zusätzliche Lehrerstellen für die Inklusion an Schulen schaffen. Rund fünf Millionen Euro werden dafür jährlich investiert. Die personelle Aufstockung beginnt ab dem nächsten Schuljahr und wird nach und nach so erhöht, dass bei drei Schülern mit einer Behinderung in einer Klasse eine Doppelbesetzung möglich ist. Außerdem wurde vereinbart, dass in den nächsten zehn Jahren weitere 100 Millionen Euro für den barrierefreien Ausbau der Schulgebäude zur Verfügung gestellt werden. Ein Volksentscheid zur Inklusion ist damit abgewendet.

Der ausgehandelte Kompromiss besteht aus insgesamt 20 Punkten. So wird es für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung 200 zusätzliche Pädagogen-Stellen geben. Die neuen Lehrkräfte werden ab 2018 schrittweise in der Vorschule und in den Klassenstufen 1 und 5 eingesetzt. In rund 30 allgemeinen Schulen mit mindestens fünf Schülern mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung werden ab dem nächsten Schuljahr in gleichem Umfang Therapie- und Pflegestunden für Schüler mit einer Behinderung bereitgestellt wie in den entsprechenden speziellen Sonderschulen. Diese Schulen erhalten auch zeitnah Pflege- und Therapieräume.